

## **Inhaltsverzeichnis**

**Abkürzungsverzeichnis .....XXII**

***Einleitung*..... 1**

**Gegenstand und Gang der Untersuchung .....2**

A. Gegenstand der Untersuchung .....2

B. Gang der Untersuchung .....2

***Erstes Kapitel* .....6**

**Die historischen Grundlagen der Untersuchung .....6**

A. Die Entwicklung des Abfallrechts und der Kreislaufwirtschaft in der  
Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union .....6

I. Historische Entwicklungen.....6

1. Die Antike.....7

2. Das Mittelalter und die Neuzeit in Deutschland .....9

3. Neueste Geschichte in Deutschland und Europa ..... 10

II. Die Entstehungsgeschichte der Kreislaufwirtschaft und des  
Kreislaufwirtschaftsgesetzes..... 11

1. Abfallbeseitigungsgesetz 1972 ..... 12

2. Abfallgesetz 1986 ..... 14

3. Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz ..... 15

4. Die Entwicklung auf europäischer Ebene..... 16

a) Umweltschutz als Unionsziel ..... 16

b) Gesetzgebungskompetenz des europäischen Gesetzgebers  
auf dem Gebiet des Abfallrecht ..... 17

c) Europäisches Abfallrecht..... 19

d) Legislativpaket der Europäischen Union zur  
Kreislaufwirtschaft ..... 20

5. Kreislaufwirtschaftsgesetz ..... 21

a)	Inhaltliche Neuausrichtung der Kreislaufwirtschaft nach dem Altpapier-Urteil des Bundesverwaltungsgerichts .....	21
b)	Inhaltliche Gestaltung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes .....	23
c)	Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes .....	24
6.	Abfallgesetze der Länder .....	25
B.	Zusammenfassung .....	25
	<b>Zweites Kapitel</b> .....	<b>27</b>
	<b>Die methodischen Grundlagen der Untersuchung</b> .....	<b>27</b>
A.	Unbestimmte Rechtsbegriffe .....	27
I.	Bestimmung von Rechtsbegriffen .....	27
II.	Flexibilität durch Unbestimmtheit der Rechtsbegriffe .....	28
III.	Autonomie der Begriffsbildung .....	29
IV.	Arten von unbestimmten Rechtsbegriffen .....	29
1.	Deskriptive Rechtsbegriffe .....	30
2.	Normative Rechtsbegriffe .....	31
V.	Verfassungsrechtliche Zulässigkeit von unbestimmten Rechtsbegriffen .....	31
B.	Konkretisierung unbestimmter Rechtsbegriffe .....	32
I.	Konkretisierung durch die Methodenlehre der Rechtswissenschaft .....	32
1.	Die Entwicklung der Methodenlehre .....	33
2.	Kein Vorrang der europäischen Auslegungsmethode .....	35
3.	Das Auslegungsziel .....	36
a)	Subjektive Theorie .....	37
b)	Objektive Theorie .....	37
c)	Bestimmung des der Untersuchung zugrundeliegenden Auslegungsziels .....	39
4.	Der Kanon der Auslegungsmethode .....	40
a)	Die grammatische Auslegung .....	40

b) Die systematische Auslegung .....	43
c) Die historisch-genetische Auslegung .....	44
d) Die teleologische Auslegung .....	45
5. Zusammenfassung .....	46
II. Konkretisierung durch eine Analyse der Rechtsprechung .....	47
III. Normative Konkretisierung durch untergesetzliche Regelungen .....	47
1. Gesetzliche Vorgaben zum Erlass von Rechtsverordnungen ....	48
2. Inhaltliche Ausgestaltung von Rechtsverordnungen .....	49
3. Das Verfahren der Verordnungsgebung .....	50
4. Verordnungserlass als Ermessensentscheidung .....	50
C. Zusammenfassung .....	51
<b><i>Drittes Kapitel</i></b> .....	<b>52</b>
<b>Grundsätzliches zum Begriff der Zuverlässigkeit .....</b>	<b>52</b>
A. Allgemeine Feststellungen zum Begriff der Zuverlässigkeit .....	52
I. Besondere Unbestimmtheit von Umweltgesetzen .....	52
II. Zuverlässigkeit als zentraler Begriff des Kreislaufwirtschaftsgesetzes.....	52
III. Zuverlässigkeit als unbestimmter Rechtsbegriff .....	52
IV. Vollständige gerichtliche Überprüfbarkeit des Begriffs der Zuverlässigkeit.....	53
V. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Verwendung des Begriffs der Zuverlässigkeit .....	54
VI. Bestimmung des weiteren Vorgehens .....	55
B. Zukunftsbezug – behördliche Prognoseentscheidung, Verhältnismäßigkeit und Beweismaß.....	55
I. Charakterisierung von Prognoseentscheidungen .....	55
II. Ausreichen einer abstrakten Gefahr .....	56
III. Ausreichen mehrerer weniger gewichtiger Verstöße .....	57
IV. Relevanz einer zeitlichen Komponente .....	58

V. Wiedererlangung der Zuverlässigkeit.....	59
VI. Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit .....	59
VII. Zusammenfassung .....	59
C. Beweislastverteilung.....	60
D. Restrisiko .....	60
<b><i>Viertes Kapitel .....</i></b>	<b>63</b>
<b>Die grammatische Auslegung des Begriffs der Zuverlässigkeit im Kreislaufwirtschaftsgesetz .....</b>	<b>63</b>
A. Grundsätzliche Verwendung einer uneinheitlichen Terminologie .....	63
B. Einheitliche Terminologie im Kreislaufwirtschaftsgesetzes .....	63
C. Verwendung des Begriffs der Zuverlässigkeit im allgemeinen Sprachgebrauch.....	64
D. Verwendung des Begriffs der Zuverlässigkeit in der Fachsprache .....	65
I. Heranziehung eines Rechtswörterbuchs.....	65
II. Heranziehung von Judikatur.....	65
E. Das Verhältnis der einzelnen Rechtsbegriffe zueinander .....	66
F. Zusammenfassung .....	67
<b><i>Fünftes Kapitel.....</i></b>	<b>68</b>
<b>Die systematische Auslegung .....</b>	<b>68</b>
A. Höherrangiges Recht.....	69
I. Unionsrechts- und richtlinienkonforme Auslegung .....	69
1. Anwendungsvorang des Unionsrechts.....	69
2. Bedeutung der unionsrechtskonformen Auslegung.....	69
3. Richtlinienkonforme Auslegung.....	70
4. Abfallrahmenrichtlinie als Grundlage des Kreislaufwirtschaftsgesetzes.....	72
5. Abfall als „Ware“ im Sinne der Warenverkehrsfreiheit .....	72
II. Verfassungskonforme Auslegung.....	73
1. Verfassung als weitere Grenze der systematischen Auslegung.....	73

2.	Vorrang der verfassungskonformen Auslegung .....	74
3.	Gefahren der verfassungskonformen Auslegung.....	75
4.	Verfassungskonformität der Anforderung an die Zuverlässigkeit .....	76
a)	Zuverlässigkeit als subjektive Berufszulassungsvoraussetzung .....	76
b)	Rechtfertigung eines Eingriffs auf der Stufe der subjektiven Berufszulassung.....	77
5.	Keine Generalisierung der Verfassungsmäßigkeit der Zuverlässigkeitsanforderung .....	78
B.	Besonderes Verwaltungsrecht.....	79
I.	Gewerbeordnung .....	79
1.	Der Zuverlässigkeitsbegriff der Gewerbeordnung .....	79
a)	Gewerbeordnung als historischer Ursprung des Zuverlässigkeitsbegriffs.....	79
b)	Begriff der Zuverlässigkeit als Teil des Gefahrenabwehrrechts .....	80
c)	Materielle Anforderungen des gewerblichen Unzuverlässigkeitsbegriffs .....	82
aa)	Unzuverlässigkeit bei Straftaten und Ordnungswidrigkeiten ....	82
bb)	Unzuverlässigkeit bei gewerbsbezogenen Steuerschulden....	82
cc)	Unzuverlässigkeit bei Nichtabführung von Sozialversicherungsbeiträgen.....	83
dd)	Unzuverlässigkeit bei mangelnder wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit .....	83
ee)	Keine Unzuverlässigkeit aufgrund politischer Gesinnung....	84
2.	Keine Übertragbarkeit des gewerblichen Zuverlässigkeitsbegriffs auf den Begriff der Zuverlässigkeit im Kreislaufwirtschaftsgesetz .....	84
a)	Zuordnung zu unterschiedlichen Rechtsgebieten .....	84

b)	Unterschiedliche Gesetzeszwecke .....	86
c)	Unterschiedliche Prüfungsintensitäten .....	87
d)	Normative Konkretisierung der Zuverlässigkeitsanforderungen .....	90
e)	Adressatenkreis der Zuverlässigkeitsanforderungen .....	90
f)	Verhältnis der Normen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes zu Normen des Gewerberechts .....	91
g)	Zwischenergebnis .....	93
II.	Bundes-Immissionsschutzgesetz .....	93
1.	Historischer Bezug .....	93
2.	§ 20 Abs. 3 BImSchG als entscheidende Norm .....	93
3.	Keine normative Konkretisierung des (Un-) Zuverlässigkeitsbegriffs in § 20 Abs. 3 BImSchG .....	94
4.	Zuverlässigkeitsanforderung an den Immissionsschutzbeauftragten .....	95
5.	Zwischenergebnis .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
III.	Atomgesetz .....	96
IV.	Waffengesetz .....	97
1.	Zuverlässigkeit als Anforderung an den Umgang mit besonderen Gefahrenquellen .....	97
2.	Orientierung der Zuverlässigkeitsprognose am Gesetzeszweck .....	97
3.	Normative Konkretisierung der Zuverlässigkeitsanforderung in § 5 WaffG .....	98
a)	Aufbau der normativen Konkretisierung .....	98
b)	Die verhaltensbedingte Zuverlässigkeit nach § 5 Abs. 1 WaffG .....	98
c)	Der Regelkatalog des § 5 Abs. 2 WaffG .....	99
4.	Nachweise der Erfüllung der Zuverlässigkeitsanforderung und Rechtsfolge bei Nichtvorliegen von Zuverlässigkeit .....	100
5.	Zwischenergebnis .....	100

V.	Zusammenfassung .....	100
C.	Kreislaufwirtschaftsgesetz.....	102
I.	Äußere Systematik des Kreislaufwirtschaftsgesetzes.....	103
1.	Zweck und Ziele des Kreislaufwirtschaftsgesetzes .....	103
a)	Ressourcenschonung und effiziente Ressourcennutzung .....	103
b)	Gefahrenabwehr und Umweltschutz .....	104
c)	Vorgehen bei Konflikten zwischen den Gesetzeszwecken .....	105
d)	Adressatenkreis des Gesetzeszwecks .....	105
e)	Gesetzeszweck als Auslegungsrichtlinie .....	106
2.	Der Abfallbegriff des Kreislaufwirtschaftsgesetzes .....	106
a)	Van de Walle-Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs.....	107
b)	Entledigung von Abfällen.....	107
aa)	Entledigungswille („subjektiver Abfallbegriff“).....	107
bb)	Entledigungspflicht („objektiver Abfallbegriff“) .....	109
c)	Ausschluss spezieller Stoffe aus dem Anwendungsbereich des Kreislaufwirtschaftsgesetzes .....	110
d)	Ende der Abfalleigenschaft .....	110
e)	Altkleider als Abfälle i. S. d. § 3 Abs. 1 KrWG.....	110
3.	Aufbau und Gliederung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes .....	111
4.	Zwischenergebnis .....	112
II.	Untergesetzliche Regelungen und sonstige, unverbindliche Konkretisierungen.....	113
1.	Vollzugshilfen und Monitoring .....	113
2.	Normative Konkretisierung durch untergesetzliches Regelwerk .....	113
a)	Normative Bestimmung des Ordnungsgebers .....	114
b)	Reichweite der Verordnungsermächtigungen .....	115

c)	Bestimmung der für die Untersuchung relevanten Verordnungsermächtigungen.....	115
aa)	§ 12 Abs. 7 KrWG.....	116
bb)	§ 43 Abs. 3 KrWG .....	116
cc)	§§ 53 Abs. 6, 54 Abs. 7 KrWG .....	117
dd)	§ 57 KrWG.....	117
ee)	§ 60 Abs. 3 S. 2 KrWG .....	118
d)	Anhörung der beteiligten Kreise als formelle Anforderung...	118
e)	Allgemeine Ermächtigung des § 65 KrWG.....	119
f)	Beschränkte Delegationsermächtigungen.....	119
g)	Vorrang des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und Bindungswirkung der Rechtsverordnungen .....	120
h)	Bewertung der Regelungstechnik.....	121
III.	Innere Systematik des Kreislaufwirtschaftsgesetzes .....	123
1.	Auf europarechtlichen Vorgaben basierende Normen.....	123
a)	§ 18 KrWG .....	123
aa)	Allgemeines.....	123
bb)	Die Überlassungspflicht nach § 17 Abs. 1 KrWG.....	124
(1)	Europarechtskonformität der Überlassungspflichten.....	124
(2)	Ausnahme von der Überlassungspflicht bei gemeinnützigen und gewerblichen Sammlungen .....	126
cc)	§ 18 Abs. 5 S. 2 KrWG als lex specialis zu § 62 KrWG.....	127
(1)	Wortlaut .....	128
(2)	Systematik.....	128
(3)	Teleologische Überlegungen .....	129
(4)	Zwischenergebnis .....	130
dd)	Adressatenkreis der Zuverlässigkeitsanforderung .....	130
(1)	Der „Anzeigenden“ i.S.d. § 18 Abs. 1 KrWG .....	131



(2) Keine Zuverlässigkeit von Personen- und Kapitalgesellschaften .....	133
(3) Zuverlässigkeitanforderung an Personen, die entscheidenden Einfluss auf die konkrete Sammlung haben .....	133
(4) Zwischenergebnis .....	134
ee) Materielle Anforderungen an die Zuverlässigkeit.....	134
(1) Erforderlichkeit starker Bedenken gegen die Zuverlässigkeit.....	135
(2) Sammlungsuntersagung als Ultima Ratio.....	135
(3) Keine Übernahme des gewerblichen Zuverlässigkeitsbegriffs.....	136
(4) Keine Übernahme der untergesetzlichen Konkretisierung der Anforderungen an die Zuverlässigkeit nach § 8 Abs. 2 EfbV und § 3 Abs. 2 AbfAEV.....	136
(a) Keine Anhaltspunkte durch Wortlaut und Systematik.....	137
(b) Keine Anhaltspunkte in den Gesetzesmaterialien .....	138
(c) Keine präventive und originäre Zuverlässigkeitsprüfung bei § 18 KrWG .....	138
(d) Untergesetzliche Konkretisierungen als Orientierungshilfe .....	139
(e) Übertragung der zeitlichen Komponente .....	139
(5) Fallgruppen .....	140
(a) Vortäuschen gemeinnütziger Sammlungen .....	141
(aa) Abgrenzung gewerbliche und gemeinnützige Sammlung.....	141
(bb) Erleichterte Anforderungen an die Anzeige einer gemeinnützigen Sammlung .....	141

(cc) Erleichterte Anforderungen an gemeinnützige Sammlungen für die Ausnahme von der Überlassungspflicht ...	142
(dd) Keine unterschiedlichen Zuverlässigkeitsanforderungen aufgrund der gesetzlichen Privilegierung gemeinnütziger Sammlungen .....	144
(ee) Hintergrund der gesetzlichen Privilegierung gemeinnütziger Sammlungen .....	145
(ff) Vortäuschen gemeinnütziger Sammlungen aufgrund der gesetzlichen Privilegierung.....	146
(gg) Täuschung der Abfallbesitzer .....	146
(hh) Täuschung der Behörden .....	148
(ii) Gemeinsamkeiten beider Konstellationen .....	149
(b) § 17 Abs. 2 S. 1 Nrn. 3, 4 KrWG als Voraussetzungen für die Zuverlässigkeit? .....	150
(c) Verstöße gegen straßenrechtliche Vorschriften .....	153
(aa) Praxisrelevanz dieser Fallgruppe.....	153
(bb) Verlagerung des Fokus auf Alttextilien .....	153
(cc) Behördlichen Lenkung durch Annahme von Unzuverlässigkeit .....	154
(dd) Abgrenzung Straßen- und Wegerecht und Straßenverkehrsrecht .....	155
(ee) Aufstellen eines Sammlungscontainers als Sondernutzung i. S. d. Straßenrechts .....	156
(ff) Keine formelle Konzentrationswirkung des Anzeigeverfahrens gem. § 18 Abs. 1 KrWG? .....	161
(gg) Straßenrechtliche Maßnahmen bei unerlaubter Sondernutzung.....	162
(hh) Annahme von Unzuverlässigkeit bei Aufstellung von Sammlungscontainern ohne die erforderliche Sondernutzungserlaubnis? .....	165
(ii) Einbeziehungsmöglichkeit straßenrechtlicher Belange in die Zuverlässigkeitsprognose .....	166
(jj) Unzuverlässigkeit bei massiven und systematischen Verstößen gegen das Straßenrecht.....	170

(i) Uneinheitliche Festlegung der relevanten Anzahl .....	171
(ii) Auslegung der Begriffe „massiv“ und „systematisch“ nach dem allgemeinen Sprachgebrauch .....	173
(iii) Versuch der Bestimmung der relevanten Anzahl durch eine empirische Recherche .....	174
(iv) Zusammenwirken der massiven und systematischen Komponenten .....	176
(v) Rechtstatsächliche Hindernisse bei der Feststellung des Vorliegens massiver und systematischer Verstöße .....	177
(vi) Hinzukommen einer zeitlichen Komponente.....	178
(vii) Zwischenergebnis .....	180
(kk) Nachweis der massiven und systematischen Verstöße ...	180
(i) Erfordernis einer hinreichend gesicherten Tatsachengrundlage .....	181
(ii) Einbeziehung von Verstößen in anderen Kommunen in die behördliche Prognoseentscheidung .....	182
(iii) Fehlen einer gesicherten Tatsachengrundlage bei der Heranziehung von Zeitungsartikeln und der Vornahme einer Internetrecherche .....	183
(iv) Gewerbezentralregister als Tatsachengrundlage für den Nachweis massiver und systematischer Verstöße .....	184
(v) Mangelnde Eintragungsfähigkeit von straßenrechtlichen Verstößen in das Bundeszentralregister .....	188
(ii) Vollzugsdefizite .....	189
(ll) Zwischenergebnis .....	192
(d) Annahme von Unzuverlässigkeit bei „Vermüllung“ im Umfeld von Sammlungscontainern .....	192
(aa) Nichtausreichen einer abstrakten Vermüllungsgefahr ....	192
(bb) Entgegenwirken gegen die Vermüllungen durch Nebenbestimmungen zur Sondernutzungserlaubnis.....	193
(cc) Bestimmung der gesetzlichen Reinigungspflicht von Sondernutzungsflächen.....	194
(dd) Allgemeine Reinigungspflicht ist kein Unterfall der Verkehrssicherungspflicht .....	196

(ee) Reinigungspflicht des ursprünglichen Abfallbesitzers.....	197
(ff) Reinigungspflicht als Ausfluss des umweltrechtlichen Verursacherprinzips.....	197
(ff) Unregelmäßige Containerleerung als Anknüpfungspunkt der Unzuverlässigkeit .....	199
(e) Verstöße gegen privatrechtliche Vorschriften .....	200
(aa) Praxisrelevanz dieser Fallgruppe .....	200
(bb) Beschränkung der Fallgruppe auf Sammlungen auf Privatgrundstücken im Bringsystem.....	200
(cc) Grundsätzliches Erfordernis einer privatrechtlichen Ausgestaltung des Nutzungsverhältnisses .....	202
(dd) Behördliche Möglichkeit eines Vorgehens gegen Verstöße gegen privatrechtliche Vorschriften.....	203
(ee) Nachweis der Verstöße gegen privatrechtliche Vorschriften .....	208
(f) Fehlerhafte und unvollständige Anzeige .....	209
(aa) Anforderungen an die Anzeige i. S. d. § 18 Abs. 2, 3 KrWG.....	209
(bb) Anforderungen an gewerbliche Sammlungen, § 18 Abs. 2 KrWG.....	209
(i) Angaben über die Größe und die Organisation des Sammlungsunternehmens.....	210
(ii) Angaben über Art, Ausmaß und Dauer der Sammlung ..	211
(iii) Angaben über Art, Menge und Verbleib der zu verwertenden Abfälle .....	213
(iv) Angaben zur Verwertung und den Verwertungswegen.....	213
(v) Keine Vorlagepflicht darüberhinausgehender Nachweise .....	217
(cc) Anforderungen an gemeinnützige Sammlungen, § 18 Abs. 3 KrWG.....	218
(dd) Anzeige durch unvollständige Nachweise als Fall des § 62 KrWG .....	219
(ee) Durchführung der Sammlung ohne Anzeige als Fall des § 62 KrWG .....	221

(ff) Anzeige durch unrichtige Nachweise als Fall des § 18 Abs. 5 S. 2 Alt. 1 KrWG .....	223
(6) Zwischenergebnis .....	225
ff) Beweismaß und Beweislast.....	225
(1) Amtsermittlungspflicht der Behörde .....	226
(2) Bestimmung des Beweismaßes.....	228
(3) Bestimmung der Beweislastverteilung .....	229
(4) Relevanter Zeitpunkt für die Beurteilung der Zuverlässigkeit.....	230
gg) Zusammenfassung .....	231
b) § 36 KrWG .....	232
aa) Fehlende normative Konkretisierung der Anforderungen an die Zuverlässigkeit .....	233
bb) Adressatenkreis der Zuverlässigkeitsanforderung .....	234
cc) Zuverlässigkeitsanforderung auch in der Nachsorgephase ..	236
dd) Prüfungsintensität des Zuverlässigkeitsbegriffs des § 36 Abs. 1 Nr. 2 KrWG.....	237
ee) Materielle Anforderungen an die Zuverlässigkeit.....	239
(1) Zweifelhafte Differenzierung zwischen den Anforderungen an Deponien und an sonstige Abfallbeseitigungsanlagen .....	239
(2) Erforderliche Differenzierung der materiellen Anforderungen an die Zuverlässigkeit abhängig vom in Rede stehenden Abfallstrom und der Art der Deponie..	241
(3) Relevante Verstöße für die Annahme von Unzuverlässigkeit.....	242
ff) Prüfbehörde, Prüfungsintervall und Nachweise der Anforderungen an die Zuverlässigkeit .....	244
c) § 53 KrWG .....	246
aa) Adressatenkreis der Zuverlässigkeitsanforderung .....	247

(1) Der Sammlerbegriff des Kreislaufwirtschaftsgesetzes ..	247
(2) Der Befördererbegriff des Kreislaufwirtschaftsgesetzes .....	248
(3) Der Händlerbegriff des Kreislaufwirtschaftsgesetzes....	248
(4) Der Maklerbegriff des Kreislaufwirtschaftsgesetzes .....	249
(5) Erstreckung des Adressatenkreises auf natürliche und juristische Personen .....	249
(6) Ausschluss von öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern aus dem Adressatenkreis .....	250
(7) Ausschluss von Entsorgungsfachbetrieben und Kleinsammlern aus dem Adressatenkreis .....	252
(8) Bestimmung des Betriebsinhabers und der für die Leitung und Beaufsichtigung des Betriebes verantwortliche Person.....	252
(9) Anzeigepflicht aller Unternehmen aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union.....	254
bb) Unterschiedliche Auslegung der Zuverlässigkeitsbegriffe in § 53 KrWG und § 18 KrWG.....	255
(1) Keine Vorgaben der beizubringenden Nachweise in § 53 KrWG.....	255
(2) Präventive und originäre Zuverlässigkeitsprüfung bei § 53 KrWG.....	256
(3) Unterschiedliche Intensität der in Rede stehenden Grundrechtseingriffe .....	256
(4) Verhältnis der Zuverlässigkeitsanforderungen beider Normen .....	257
(5) Zwischenergebnis .....	257
cc) Materielle Anforderungen an die Zuverlässigkeit.....	258

(1) Untergesetzliche Konkretisierung der Anforderungen an die Zuverlässigkeit durch die Anzeige- und Erlaubnisverordnung.....	259
(2) Konkretisierung der Anforderungen an die Zuverlässigkeit nach § 3 AbfAEV .....	260
(a) Positivdefinition der Zuverlässigkeit nach § 3 Abs. 1 AbfAEV .....	260
(b) Regelvermutung der Unzuverlässigkeit nach § 3 Abs. 2 AbfAEV .....	261
(c) Die beiden Regelbeispiele des § 3 Abs. 2 AbfAEV ..	263
(aa) Das Regelbeispiel des § 3 Abs. 2 Nr. 1 AbfAEV.....	263
(bb) Das Regelbeispiel des § 3 Abs. 2 Nr. 2 AbfAEV .....	266
(d) Einbeziehungsmöglichkeit weiterer, von den Regelbeispielen unabhängiger Verstöße bei qualitativer Gleichwertigkeit .....	267
(e) Nachweis der Verstöße nach § 3 Abs. 2 AbfAEV .....	268
(3) Fallgruppen .....	271
(a) Verstöße gegen sonstige strafrechtliche Vorschriften...271	
(aa) Die Unzulänglichkeit der strafrechtlichen Bekämpfung der Abfallkriminalität durch Umweldelikte .....	272
(bb) Die Haupterscheinungsformen der Abfallkriminalität....	273
(cc) § 326 StGB als zentrale Norm für die Bekämpfung der Abfallkriminalität .....	275
(dd) Fehlendes Unternehmensstrafrecht, Kausalität und Strafverfolgung als weitere Probleme bei den Umweldelikten .....	279
(ee) Sonstige Möglichkeiten der strafrechtlichen Bekämpfung der Abfallkriminalität .....	281
(i) Diebstahl und Unterschlagung werthaltiger Abfälle.....	282
(ii) Betrug und die sogenannte Scheinverwertung.....	283
(iii) Abgabenhinterziehung .....	285

(iv) Urkundenfälschung aufgrund von Manipulation der abfallrechtlichen Formulare.....	285
(v) Wirtschafts- und Korruptionsdelikte.....	286
(ff) Möglichkeit der Einbeziehung sonstiger, im Regelkatalog des § 3 Abs. 2 AbfAEV nicht aufgezählten strafrechtlicher Verstöße in die Zuverlässigkeitsprognose.....	286
(b) Verstöße gegen straßenrechtliche Vorschriften.....	288
(aa) Grundsätzliche Einbeziehungsfähigkeit straßenrechtlicher Verstöße in das Verdikt der Zuverlässigkeit.....	288
(bb) Keine Einbeziehungsfähigkeit straßenrechtlicher Verstöße über § 3 Abs. 1 AbfAEV.....	289
(cc) Keine Einbeziehungsfähigkeit straßenrechtlicher Verstöße über § 3 Abs. 2 Nr. 2 AbfAEV.....	290
(dd) Keine qualitative Gleichwertigkeit straßenrechtlicher Verstöße mit § 3 Abs. 2 Nr. 1 AbfAEV mangels Erreichens der relevanten Bußgeldgrenze.....	290
(ee) Verhältnis des Zuverlässigkeitsbegriffs in § 53 KrWG zu § 18 KrWG.....	292
(ff) Keine Einbeziehungsfähigkeit straßenrechtlicher Verstöße aufgrund der Schwere des Grundrechtseingriffs.....	293
(gg) Kein originärer Sammlungsbezug beim Zuverlässigkeitsbegriff des § 53 KrWG.....	296
(hh) Bewusstes Absehen von der Aufnahme straßenrechtlicher Verstöße in den Regelkatalog des § 3 Abs. 2 AbfAEV.....	297
(ii) Rechtstatsächliche Probleme der fehlenden Einbeziehungsfähigkeit straßenrechtlicher Verstöße.....	297
(c) Verstöße gegen privatrechtliche Vorschriften.....	298
(d) Fehlerhafte und unvollständige Anzeige.....	300
(aa) Unterbliebene und unvollständige Anzeigen als Fälle des § 62 KrWG.....	301
(bb) Anzeige durch unrichtige Nachweise als Fall der Unzuverlässigkeit.....	303
(e) Fehlende wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.....	304



(4) Zwischenergebnis .....	306
dd) Beweismaß und Beweislast .....	306
ee) Zusammenfassung .....	307
d) § 54 KrWG .....	309
aa) Europarechtliche Vorgaben .....	309
bb) Das Kontrollsystem der §§ 53, 54 KrWG .....	309
cc) Erlaubnispflicht .....	310
dd) Verordnungsermächtigung .....	310
ee) Antrag auf Erlaubnis .....	310
ff) Vorkommen gefährlicher Abfälle in Haushaltungen .....	311
gg) Abgrenzung gefährlicher von nicht gefährlichen Abfällen .....	312
hh) Adressatenkreis der Zuverlässigkeitsanforderung .....	314
ii) Materielle Anforderungen an die Zuverlässigkeit .....	316
(1) Vergleich der Zuverlässigkeitsanforderungen von § 54 KrWG und § 53 KrWG .....	317
(a) Gesetzesbegründung .....	317
(b) Erwägungsgründe der Abfallrahmenrichtlinie .....	318
(c) Inhaltliche Ausgestaltung des Erlaubnisverfahrens .....	319
(d) Annahme von Unzuverlässigkeit bereits bei leichteren Verfehlungen .....	320
(2) Normative Konkretisierung der Anforderungen an die Zuverlässigkeit nach § 3 AbfAEV .....	320
(3) Fallgruppen .....	323
(a) Verstöße gegen sonstige strafrechtliche Normen .....	323
(b) Keine Einbeziehungsmöglichkeit von Verstößen gegen straßen- und privatrechtliche Vorschriften .....	325
(c) Fehlerhafter und unvollständiger Antrag auf Erlaubnis .....	326

(aa) Anforderung an den Antrag auf Erlaubnis .....	326
(bb) Unvollständiger Antrag auf Erlaubnis .....	327
(cc) Fehlerhafter beziehungsweise unrichtiger Antrag auf Erlaubnis .....	328
(4) Zwischenergebnis .....	329
jj) Beweismaß und Beweislast .....	329
kk) Zusammenfassung .....	330
2. Nicht auf europarechtlichen Vorgaben basierende Normen	
<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>	
a) § 56 KrWG .....	332
aa) Zu zertifizierende abfallbewirtschaftende Tätigkeiten.....	333
bb) Möglichkeit der abfallbewirtschaftenden Tätigkeit ohne Zertifizierung.....	335
cc) Anforderungen an die Zertifizierung zum Entsorgungsfachbetrieb.....	336
dd) Minimierung der Haftungsrisiken für Abfallbesitzer bei der Beauftragung von Entsorgungsfachbetrieben .....	337
ee) Adressatenkreis der Zuverlässigkeitsanforderung .....	338
ff) Kontrollorgane zur Prüfung der Zuverlässigkeitsanforderungen .....	340
gg) Materielle Anforderungen an die Zuverlässigkeit .....	342
(1) Konkretisierung der Anforderungen an die Zuverlässigkeit durch die Entsorgungsfachbetriebeerordnung .....	342
(2) § 8 EfbV – die normative Konkretisierung der Anforderungen an die betriebsbezogene Zuverlässigkeit.....	343
(a) Aufbau der normativen Konkretisierung in § 8 Abs. 1, 2 EfbV.....	343

(b) Strengere Anforderungen an die Zuverlässigkeit des § 56 Abs. 3 S. 1 KrWG trotz inhaltlicher Entsprechung von § 8 Abs. 2 EfbV und § 3 Abs. 2 AbfAEV.....	344
(c) Der Regelkatalog des § 8 Abs. 2 EfbV .....	346
(d) Einbeziehungsmöglichkeit weiterer, von den Regelbeispielen unabhängiger Verstöße bei qualitativer Gleichwertigkeit .....	349
(e) Unterschiedliche zeitliche Relevanz und Prüfungsintensität der einzelnen Zuverlässigkeitsbegriffe nach §§ 8 EfbV, 3 AbfAEV.....	350
(f) Materielle Anforderung an die Zuverlässigkeit des sonstigen Personals.....	354
(g) Zwischenergebnis .....	354
(3) § 17 EfbV – die normative Konkretisierung der Anforderungen an die Zuverlässigkeit des betriebsprüfenden Sachverständigen .....	355
(a) Positivdefinition der Zuverlässigkeit nach § 17 Abs. 1 EfbV.....	356
(b) Der Regelkatalog des § 17 Abs. 2 EfbV und die Einbeziehungsmöglichkeit weiterer, von den Regelbeispielen unabhängiger Verstöße bei qualitativer Gleichwertigkeit .....	356
(c) Unterschiede der normativen Konkretisierungen der Zuverlässigkeit in § 17 EfbV und §§ 8 EfbV, 3 AbfAEV.....	357
(d) Auswirkungen der Erweiterung des Regelkatalogs des § 17 Abs. 2 EfbV auf die Auslegung der vorangegangenen Zuverlässigkeitsbegriffe.....	359
(e) Bestimmung der für den Nachweis der Zuverlässigkeit des Sachverständigen beizubringende Unterlagen.....	364

(f) Regelmäßige Überprüfung der Anforderungen an die Sachverständigen.....	365
(g) Zwischenergebnis .....	366
(4) Fach- und Sachkunde.....	366
hh) Beweismaß und Beweislast .....	368
ii) Zusammenfassung .....	370
b) § 12 KrWG .....	371
c) §§ 59, 60 KrWG .....	373
aa) Das Wesen und die Aufgaben des Abfallbeauftragten.....	373
bb) Bestellung des Abfallbeauftragten.....	374
cc) Die normative Konkretisierung der Anforderungen an die Zuverlässigkeit des Abfallbeauftragten in § 8 AbfBeauftrV .....	375
(1) Verordnungsermächtigung.....	375
(2) Kein Rückgriff auf § 55 Abs. 2 S. 1, 2 BImSchG .....	375
dd) Vergleich der Zuverlässigkeitsanforderungen an Abfallbeauftragte und die Entsorgungsfachbetriebe zertifizierende und kontrollierende Sachverständige .....	376
(1) Vergleich mit den Anforderungen an Entsorgungsfachbetriebe.....	376
(2) Unabhängigkeit des Abfallbeauftragten .....	378
(3) Kontrollrichtung.....	378
ee) Nachweise über die Erfüllung der Zuverlässigkeitsanforderung .....	379
ff) Zusammenfassung.....	381
d) § 22 KrWG .....	382
aa) „Verpflichtete“ im Sinne des § 22 KrWG.....	382
bb) „Dritte“ im Sinne des § 22 KrWG .....	383
cc) Verantwortlichkeit des Verpflichteten bis zur endgültigen und ordnungsgemäßen Entsorgung .....	384

dd) Materielle Anforderungen an die Zuverlässigkeit des Dritten .....	385
(1) Sachkenntnis als Teil der Zuverlässigkeitsanforderung ....	385
(2) Finanzielles Vermögen, persönlichen Verhältnisse und Eigenschaften als Teil der Zuverlässigkeitsanforderung .....	387
ee) Sinn und Zweck der Statuierung der Zuverlässigkeitsanforderung .....	387
ff) Die im Sinne des § 22 KrWG Verpflichteten als Kontrollorgane der Zuverlässigkeit.....	388
gg) Haftungsrisiken bei der Beauftragung eines unzuverlässigen Dritten.....	390
hh) Zusammenfassung .....	391
IV. Zusammenfassende Bewertung der systematischen Auslegung ....	392
<b><i>Sechstes Kapitel</i></b> .....	<b>403</b>
<b>Die historische Auslegung und das Auslegungsergebnis</b> .....	<b>403</b>
A. Die historisch-genetische Auslegung.....	403
B. Auslegungsergebnis und dessen teleologische Überprüfung.....	404
<b><i>Fazit und rechtspolitischer Ausblick</i></b> .....	<b>406</b>
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>XVI</b>
<b>Internetquellen</b> .....	<b>LVI</b>
<b>Anhang – empirische Recherche</b> .....	<b>LXII</b>